

Monitoring

Antisemitische Reaktionen in Deutschland auf die Hamas-Massaker in Israel

Antisemitische Vorfälle mit Bezug
zu den Terrorangriffen auf Israel
zwischen dem 07. und 15. Oktober 2023

Inhalt

Einleitung	3
Datengrundlage	4
Antisemitische Vorfälle in Zahlen	5
Antisemitische Vorfälle mit Bezug zu den Massakern der Hamas	7
Antisemitische Konfrontationen online	9
Markierungspraxis im Wohnumfeld	10
Antisemitische Versammlungen	11
Störungen von Solidaritätskundgebungen	17
Terrorverherrlichung	19
Gewaltlegitimierende Sprache	20
Fazit	21

Einleitung

Am 07. Oktober 2023 griffen Hamas-Terroristen aus dem Gaza-Streifen Israel an und töteten in mehreren Massakern an der Zivilbevölkerung mehr als 1.400 Menschen. Fast 200 Personen wurden in den Gaza-Streifen verschleppt. Tausende Raketen wurden auf Israel abgeschossen. Seitdem gehen die Angriffe ununterbrochen weiter. Der 7. Oktober 2023 wird in die Geschichte eingehen, als der Tag mit den meisten jüdischen Todesopfern seit 1945.

In Deutschland kam es daraufhin zu zahlreichen Solidaritätsbekundungen mit Israel, aber auch zu antisemitischen und terrorverherrlichenden Reaktionen. So wurden bereits am Abend des 07. Oktobers in Berlin „From the River to the Sea, Palestine will be free“ und „von Berlin nach Gaza, yallah Intifada“ Rufe dokumentiert. Auf X (vormals Twitter) wurde jemand mit den Worten „Du dummer idiot die hisbollah wird euch Flachlegen. 350 000 Soldaten und 900 000 raketen sind bereit für israel“ [sic] bedroht.

Viele Jüdinnen_Juden in Deutschland haben einen familiären Bezug zu Israel und haben am 7. Oktober Verwandte und Bekannte verloren oder stehen mit Verwandten und Freund_innen in Israel in ständigem Kontakt, die von den Angriffen der Hamas auf die Zivilbevölkerung direkt betroffen sind. Gleichzeitig wächst angesichts der Terrorverherrlichung und Legitimierung der Morde und Entführungen von Jüdinnen_Juden auf Demonstrationen in Deutschland und in den sozialen Netzwerken auch die Sorge vor Antisemitismus in Deutschland weiter. Viele Jüdinnen_Juden ergreifen Maßnahmen zu ihrer Sicherheit – sie wollen nicht als jüdisch erkannt werden. Beispielsweise werden nach außen sichtbare Symbole des Judentums an ihren Wohnungen wie Mesusot entfernt. Vorsorglich werden Orte des Alltags gemieden, Kinder werden nicht in die Schule geschickt, israelische Restaurants bleiben geschlossen.

Vor dem Hintergrund dieser angespannten Lage in Deutschland und weltweit veröffentlicht der Bundesverband RIAS den vorliegenden Monitoringbericht.

Datengrundlage

Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e.V. (Bundesverband RIAS) ist der Dachverband zivilgesellschaftlicher Meldestellen für antisemitische Vorfälle. Seit sich Informationen über die Massaker der Hamas auf der ganzen Welt verbreiteten, wurden den Meldestellen zahlreiche antisemitische Vorfälle in Deutschland geschildert. Dieser Monitoringbericht gibt einen ersten Überblick über die antisemitischen Vorfälle mit Bezug zu den Terrorangriffen in Israel zwischen dem 07. und 15. Oktober. In ihn fließen Monitoringberichte und Vorfallmeldungen von RIAS Bayern, RIAS Berlin, RIAS Hessen, der Dokumentations- und Informationsstelle Antisemitismus Mecklenburg-Vorpommern (DIA.MV), RIAS Niedersachsen, RIAS Nordrhein-Westfalen, RIAS Saarland, RIAS Sachsen-Anhalt, der Landesweiten Informations- und Dokumentationsstelle Schleswig-Holstein (LIDA-SH) und RIAS Thüringen ein. Vorfälle, die sich in Bundesländern ohne regionale Meldestellen ereigneten, bearbeitet und dokumentiert der Bundesverband RIAS. Zu dem Zeitraum 7. bis 15. Oktober liegen dem Bundesverband RIAS und den RIAS-Meldestellen knapp 300 Meldungen zu Vorfällen vor (Stand: 16.10.23, 14 Uhr). Insgesamt ist bei allen RIAS Meldestellen ein erhöhtes Meldeaufkommen zu verzeichnen. Einige der gemeldeten Vorfälle konnten bis Redaktionsschluss noch nicht abschließend verifiziert werden und fließen daher nicht in die Auswertung mit ein. Andere stellen nach RIAS keine Vorfälle dar. Nach wie vor gibt es täglich neue Meldungen und die Meldestellen verifizieren weitere Vorfälle – die Situation bleibt dynamisch und der vorliegende Bericht stellt einen vorläufigen Ausschnitt dar.

Antisemitische Vorfälle in Zahlen

Im Zeitraum vom 07. bis 15. Oktober sind den RIAS-Meldestellen bislang 202 verifizierte antisemitische Vorfälle in Deutschland bekannt geworden, die einen Bezug zu den Terrorangriffen der Hamas gegen Israel und den Massakern an der israelischen Zivilbevölkerung hatten. Der Blick auf denselben Zeitraum im Vorjahr 2022 zeigt einen Zuwachs um mindestens 240 %: So wurden zwischen dem 07. Oktober und dem 15. Oktober 2022 bundesweit insgesamt 59 antisemitische Vorfälle von den RIAS-Meldestellen dokumentiert.

Im Folgenden wird ein Überblick zu den Vorfällen, dem politischen Hintergrund und den Erscheinungsformen gegeben.

22 Vorfälle pro Tag

Unter den 202 bereits verifizierten antisemitischen Vorfällen sind sechs Angriffe, sieben gezielte Sachbeschädigungen, fünf Bedrohungen, eine Massenzuschrift und 183 Fälle verletzenden Verhaltens (davon sind 30 Fälle Versammlungen).

Deutlich wird: Antisemitische Vorfälle, die nur aufgrund der Terrorangriffe gegen Israel und der Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung zustande kamen oder diese zum Thema hatten, sind vielfältig. Es zeigt sich, dass die Situation in Israel zusätzlich zu Sorgen über die Lage vor Ort durch antisemitische Vorfälle auch stark den Alltag von Jüdinnen_Juden in Deutschland prägt. Rechnerisch ereigneten sich in den ersten 9 Tagen seit Kriegsbeginn 22 antisemitische Vorfälle pro Tag in Deutschland.

Politischer Hintergrund

Die Analyse des politischen Hintergrunds zeigt, dass die meisten Vorfälle, die RIAS einem Hintergrund zuordnen konnte, dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet wurden. Hierunter fallen jene Vorfälle, die keinem anderen politisch-weltanschaulichen Hintergrund eindeutig zugeordnet

werden können und bei denen eindeutig die israelfeindliche Motivation gegenüber einer politischen Positionierung, wie beispielsweise im linken, rechten oder islamisch/islamistischen Spektrum dominiert. Im analysierten Zeitraum wurden knapp 18 % dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet. Weitere 8 % entfallen auf den islamisch/islamistischen Hintergrund. Dieser wird zugeordnet, wenn sich positiv auf islamische Glaubensinhalte oder Symboliken bezogen wird und kein anderer politischer Hintergrund dominiert. 4 % der Fälle wurden als links/antiimperialistisch klassifiziert. Knapp 2 % entfallen auf den rechtsextreme Hintergrund und jeweils 1 % auf den christlichen/fundamentalistischen, die politische Mitte und das verschwörungsideologische Spektrum. In 64 % war der politische Hintergrund unbekannt. Dass antisemitische Vorfälle nicht nur von Personen mit einem bestimmten politischen Hintergrund ausgehen, verstärkt bei Jüdinnen_Juden die Wahrnehmung, dass sie potentiell überall mit Antisemitismus konfrontiert werden können.

Antisemitische Erscheinungsformen¹

Die Analyse der bisher dokumentierten Vorfälle nach den inhaltlichen Erscheinungsformen von Antisemitismus zeigt, dass israelbezogener Antisemitismus wenig überraschend das Vorfalleschehen prägte. Gleichzeitig wurden auch alle anderen Formen von Antisemitismus dokumentiert, die RIAS unterscheidet. Während der israelbezogene Antisemitismus in den meisten Vorfälle präsent war (91 %), spielte das antisemitische Othering in knapp 19 % eine Rolle und Post-Schoa-Antisemitismus in 13 %. Stereotype des antijudaistischen Antisemitismus wurden in 8 % der Fälle dokumentiert, jene des modernen Antisemitismus wie beispielsweise antisemitische Verschwörungsmuthe in fast 7 % aller Fälle. In einigen Vorfällen traten Erscheinungsformen verschränkt miteinander auf. Das ist beispielsweise der Fall, wenn Israel mit dem Nationalsozialismus verglichen wird, sich also israelbezogener Antisemitismus mit Post-Schoa-Antisemitismus verbindet. Ein solcher Vorfall wurde am 15. Oktober in Trier (Rheinland-Pfalz)

1 RIAS unterscheidet insgesamt fünf inhaltliche Erscheinungsformen von Antisemitismus. Regelmäßig werden einzelne Vorfälle mehreren Erscheinungsformen zugeordnet, wenn dabei die entsprechenden Stereotype vorkommen.

dokumentiert: Auf einer Versammlung wurden Schilder gezeigt, auf denen „One Holocaust doesn't justify another“ und „Stop doing what Hitler did to you“ zu lesen war.

Die erste Auswertung zeigt: Bereits am ersten Tag der Terrorangriffe auf Israel kam es in Deutschland zu antisemitischen Vorfällen. Diese gehen von unterschiedlichen politischen Spektren aus, auch wenn der antiisraelische Aktivismus das Vorfalleschehen besonders dominiert. Die Vorfälle, die im Zusammenhang mit den Terrorangriffen gegen Israel und den Massakern an der israelischen Zivilbevölkerung stehen, sind vielfältig. So wird Israel die Schuld an den Angriffen gegeben, antisemitischer Terror legitimiert, eine Täter_innen-Opfer-Umkehr betrieben und der Staat dämonisiert und delegitimiert. Hinzu kommt, dass Jüdinnen_Juden in Deutschland für die Politik Israels verantwortlich gemacht werden. Und auch diejenigen, die sich gegen den Terror der Hamas positionieren und sich mit Israel und der israelischen Zivilbevölkerung solidarisieren, werden antisemitisch angegangen.

Antisemitische Vorfälle mit Bezug zu den Massakern der Hamas

Im Folgenden werden exemplarisch einige antisemitische Vorfälle mit Bezug auf die Terrorangriffe und Massaker der Hamas zwischen dem 07. und 15. Oktober beschrieben:

07. Oktober, Kassel (Hessen)

Eine Versammlung, die auf die Terrorangriffe der Hamas auf Israel aufmerksam machte, wurde mit „Allahu Akbar“-Rufen gestört. Zudem drohte ein Passant, dass das, was dort [gemeint ist Israel] passiert sei, auch bald hier passieren werde.

08. Oktober, Marburg (Hessen)

In einem Café unterhielten sich zwei Männer über die Terrorangriffe auf Israel. Einer sagte, dass es großartig sei, dass Jungs auf Motorrollern die IDF überrumpelt hätten. Der andere entgegnete: „Ja, den Juden kann selbst ihr Geld nicht mehr helfen.“

08. Oktober, Kiel (Schleswig-Holstein)

Auf einer Solidaritätskundgebung mit Israel wurden mehrere Teilnehmende von einer Gruppe angespuckt.

10. Oktober, Dortmund (Nordrhein-Westfalen)

Über dem Eingang einer Kneipe wurde eine palästinensische Flagge und ein Banner mit der Aufschrift „Israel ist unser Unglück“ aufgehängt. Die Abwandlung der Parole „Die Juden sind unser Unglück“ aus der nationalsozialistischen Zeitung Der Stürmer war Wahlkampfspruch der rechts-extremen Partei Die Rechte.

12. Oktober, Bremen

An einer Wand wurde die Schmiererei „Für jeden Zionisten 1 Kugel“ neben dem Schriftzug „Free Gaza“ entdeckt.



Antisemitische Schmiererei in Bremen

Antisemitische Konfrontationen online

Fast jeder dritte Vorfall, der bis Redaktionsschluss verifiziert werden konnte, ereignete sich online. Dabei erfasst RIAS hier nur Vorfälle, die sich direkt an bestimmte Personen oder Institutionen richten. Antisemitismus auf Social-Media-Plattformen, in E-Mails oder Direktnachrichten haben auf die Betroffenen häufig eine ähnlich einschneidende Wirkung wie antisemitische Vorfälle von Angesicht zu Angesicht.

Dem Internet kommt aktuell auch deshalb eine besondere Rolle zu, da Bilder der Massaker und Angriffe der Hamas im digitalen Raum weltweit verbreitet werden. Die Täter teilten grafische Aufnahmen ihrer Taten, mitunter auch explizit über Social Media an die Angehörigen der Ermordeten oder Entführten. Zahlreiche Opfer wurden über dieses Video- und Bildmaterial identifiziert. Durch die Verbreitung ihrer Gräueltaten über die Sozialen Netzwerke erweitern die Terroristen den Kreis der direkt Betroffenen und schüren Trauer und Angst bei Jüdinnen_Juden in und außerhalb Israels. Ähnliche Taktiken der digitalen Verbreitung ihres Wirkungsgrads benutzten in der Vergangenheit auch Gruppen wie der Islamische Staat oder rechtsextreme Terroristen wie etwa in Halle und Wiedersdorf 2019 oder Christchurch (Neuseeland) 2019.

07. Oktober, online (unbekannt)

Auf einen Tweet zu den Massakern der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung reagierte ein Nutzer mit den Worten „Deine 2 schulen Väter werden vernichtet du scheiß zionist“ [sic].

10. Oktober, online (Bayern)

Die Organisatorin einer Solidaritätskundgebung am Vortag erhielt per Instagram eine Direktnachricht mit dem Inhalt „Verreck vallah“ in Reaktion auf eine der Stories von der Demonstration.

11. Oktober, online (Baden-Württemberg)

Nachdem sich die Betroffene auf Instagram öffentlich mit Israel solidarisierte, kommentierte ein User unter mehreren ihrer Posts, die einen Israelbezug hatten, Kommentare wie „Allah akhbar“, „is arab dick good?“ und „Schade, dass Hitler dich nicht vergast hat“.

Markierungspraxis im Wohnumfeld

Antisemitische Vorfälle, die sich im Wohnumfeld ereignen, haben oftmals eine besondere Wirkung auf Betroffene. Eine besonders bedrohlich wirkende Praxis der „Markierung“ im Wohnumfeld wurde in den letzten Tagen aus Berlin und Nordrhein-Westfalen (NRW) gemeldet. Dort wurden Wohnhäuser u.a. mit Davidsternen beschmiert und damit als vermeintlich jüdisch „markiert“. Es handelte sich bis Zahlenschluss um insgesamt zehn verifizierte Vorfälle in Berlin und NRW, wobei in Bezug auf drei Vorfälle bekannt ist, dass in den jeweiligen Häusern Jüdinnen_Juden leben. Das massive Auftauchen derartiger Markierungen zeigt eine neue Qualität.

Diese Art der „Markierung“ erinnert an die Kennzeichnung von Jüdinnen_Juden im Nationalsozialismus: Zunächst wurden während des sogenannten Aprilboykotts am 1. April 1933 Geschäfte von Jüdinnen_Juden z. T. mit einem Davidstern markiert und mit dem Slogan „Kauf nicht bei Juden“ versehen. Ab dem 1. September 1941 mussten schließlich alle Jüdinnen_Juden ab sechs Jahren ein Kennzeichen in Form eines gelben Davidsterns tragen. Die sogenannte Kennzeichnungspflicht, die für alle Jüdinnen_Juden im Deutschen Reich und den von den Deutschen besetzten und annektierten Gebieten galt, stellte einen Wendepunkt der schrittweisen Entrechtung, Ausgrenzung und Verfolgung der jüdischen Bevölkerung dar.

Es handelt sich bei dieser Form der Markierung um antisemitisches Othering, d.h. Betroffene werden aufgrund einer (angenommenen oder tatsächlichen) Zugehörigkeit zum Judentum antisemitisch konfrontiert oder als nicht zugehörig zur jeweiligen imaginierten Wir-Gruppe adressiert.

Antisemitische Markierungen dieser Art können auch als öffentliche Identifizierung von Zielen potentieller Angriffe fungieren. Da sie hier das unmittelbare Wohnumfeld fokussieren wird Sicherheits- und Lebensgefühl der Betroffenen ganz erheblich verschlechtert.

Vom 07. Oktober bis zum 15. Oktober ereigneten sich fünfzehn antisemitische Vorfälle im Wohnumfeld von Betroffenen. Das Wohnumfeld kann die eigene Wohnung sein, das Treppenhaus oder die unmittelbare Nachbarschaft. Die Vorfälle reichen von antisemitischen Schmierereien über dort abgelegte antisemitische Flugblätter, die Beschädigung einer aus dem Fenster gehängten Israelflagge bis hin zu körperlichen Übergriffen. Bei den 15 Vorfällen handelt sich um 9 Fälle von verletzendem Verhalten, 4 Vorfälle gezielter Sachbeschädigung, ein Angriff und eine Bedrohung. Um die Betroffenen zu schützen, können zu dem Angriff und zu der Bedrohung keine weiteren Angaben gemacht werden.

Antisemitische Versammlungen

Für die Zeit zwischen dem 07. und 15. Oktober erfasste RIAS 30 Versammlungen als antisemitische Vorfälle. RIAS dokumentiert Versammlungen als Fälle antisemitischen verletzenden Verhaltens, wenn es auf ihnen zu antisemitischen Äußerungen kommt oder wenn antisemitische Inhalte auf Schildern, Flyern oder in Reden verbreitet werden.

Regionale Schwerpunkte und zeitlicher Verlauf

Die dokumentierten Versammlungen unterschieden sich hinsichtlich des politischen Hintergrunds der Organisator_innen und Teilnehmer_innen sowie in Form, Umfang und in ihrer jeweiligen Dynamik. Als regionale Schwerpunkte können bislang Nordrhein-Westfalen (6), Berlin (5), Bayern (4), Baden-Württemberg (3) und Niedersachsen (3) gelten.

Je nach Charakter der Versammlung ließen sich auch Unterschiede in den Artikulationsweisen des Antisemitismus feststellen: Auf einzelnen

kleineren Veranstaltungen wurde entweder durch Veranstalter_innen oder aufgrund von Versammlungsauflagen und -verboten stärker darauf geachtet, antisemitische Äußerungen zu vermeiden. Insbesondere auf größeren Versammlungen hingegen wurde Antisemitismus offen bis aggressiv geäußert, teilweise in Verbindung mit Gewaltfantasien und der Verherrlichung der Terrorangriffe der Hamas und der Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung.

Im genannten Zeitraum fanden kleinere Kundgebungen sowie größere Demonstrationen mit teilweise bis zu 1.000 Teilnehmer_innen statt, wobei die Zahl der Versammlungsteilnehmer_innen im Verlauf der Woche sukzessive zunahm. Die größten Versammlungen fanden am Wochenende vom Freitag, 13. Oktober, bis Sonntag, 15. Oktober, statt, insbesondere am Samstag, 14. Oktober. Ähnlich des Anstiegs von Versammlungsteilnehmer_innen, ließ sich auch eine zunehmende religiöse Aufladung des Versammlungsgeschehens feststellen. Wurden RIAS etwa zwischen Samstag, 07. Oktober, und Donnerstag, 12. Oktober, vier antisemitische Versammlungen bekannt, bei denen auch „Allahu Akbar“-Rufe zu hören waren, so fanden zwischen Freitag, 13. Oktober, und Sonntag, 15. Oktober neun solcher Versammlungen statt.

Politischer Hintergrund

Im Hinblick auf den politischen Hintergrund versammelten sich auf den verschiedenen Veranstaltungen Anmeldende und Teilnehmer_innen aus unterschiedlichen Spektren.

Wenn die israelfeindliche Motivation der verantwortlichen Personen oder Gruppen, in deren Kontext ein Vorfall stattfand, gegenüber einer bestimmten Positionierung überwiegt, wird eine Zuordnung zum antiisraelischen Aktivismus vorgenommen (s.o.). Bei solchen Versammlungen kommt es häufig vor, dass Akteur_innen verschiedener politischer Spektren trotz aller sonstiger Unterschiede an derselben Versammlung teilnehmen, mit dem gemeinsamen Ziel, antiisraelische Inhalte auszudrücken.

Die meisten antisemitischen Versammlungen, die RIAS einem politischen Hintergrund zuordnen konnte, wurden dem antiisraelischen Aktivismus zugeordnet (20). Dem folgen Versammlungen mit islamisch/islamistischem (5), sowie links-antiimperialistischem und verschwörungsideologischem Hintergrund (jeweils 2). Eine Versammlung konnte von RIAS keinem politischen Hintergrund zugeordnet werden.

Erscheinungsformen

Alle von RIAS erfassten Erscheinungsformen des Antisemitismus kamen auf den Versammlungen zum Ausdruck. Die am häufigsten dokumentierte Erscheinungsform stellte der israelbezogene Antisemitismus dar. Dieser wurde auf allen antisemitischen Versammlungen, die RIAS bekannt wurden und im Zusammenhang mit den Massakern in Israel stehen, dokumentiert. Danach folgen antijudaistischer Antisemitismus sowie Post-Schoa-Antisemitismus, die jeweils auf acht Versammlungen artikuliert wurden. Moderner Antisemitismus wurde auf vier Versammlungen dokumentiert, auf zwei Versammlungen kam es außerdem zu antisemitischem Othering.

Die bereits erwähnte – im Wochenverlauf zunehmende – religiöse Aufladung der Versammlungen schlug sich auch in den zum Ausdruck gebrachten Erscheinungsformen von Antisemitismus nieder: Zwei der Versammlungen, bei denen antijudaistischer Antisemitismus beobachtet wurde, fanden am Montag, 09. Oktober statt. Die restlichen sechs dieser Versammlungen fanden am Wochenende von Freitag, 13. Oktober, bis Sonntag, 15. Oktober, statt, davon vier am Samstag, 14. Oktober. Bei sechs von acht antisemitischen Versammlungen, bei denen antijudaistischer Antisemitismus dokumentiert wurde, wurde als Parole auch „Allahu Akbar“ skandiert.

Im Folgenden werden exemplarisch einige der zwischen dem 07. und 15. Oktober dokumentierten, antisemitischen Versammlungen beschrieben:

14.10., Dresden (Sachsen)

Bei einer Versammlung mit islamisch/islamistischem Hintergrund wurde von einer größeren Menschenmenge unter anderem die islamistische Parole „Khaibar, Khaibar, ya yahud, jaish muhammad saya'ud!“ (auf Deutsch: „Khaibar, Khaibar, oh Juden, erinnert euch an Khaibar, die Armee Mohammeds kehrt zurück.“) gerufen.

Die Parole bezieht sich auf einen Feldzug des Propheten Mohammeds gegen eine von Jüdinnen_Juden besiedelte Oase im Jahr 628, der mit Eroberung des Gebiets und, einigen Quellen zufolge, einem Massaker an einem Teil der jüdischen Bevölkerung endete. Die Reproduktion dieser Parole im heutigen Kontext gleicht einem Aufruf zum Pogrom an Jüdinnen_Juden, der mit der religiösen Überlieferung legitimiert wird.

14.10., Braunschweig (Niedersachsen)

Auf einer antiisraelischen Versammlung wurden die Terrorangriffe und Massaker der Hamas als „Antwort des palästinensischen Widerstands“ auf die angenommene „Apartheid“ Israels bezeichnet.

Die Einordnung als „Apartheid“ ist eine gängige antisemitische Dämonisierung und Delegitimierung Israels.

15.10., Berlin

Auf einer antiisraelischen Versammlung wurden neben „Allahu Akbar“ Rufen verschiedene antisemitische Parolen gerufen, unter anderem „From the river to the sea, Palestine will be free.“ Ein Journalist, der kritisch über die Versammlung berichtet, wurde als „Zionistenmedien“ beschimpft und in der Berichterstattung behindert.

Die Parole „From the River to the Sea, Palestine will be free“ propagiert die Auslöschung Israels und legitimiert im aktuellen Kontext den Terrorangriff und die Massaker der Hamas. Die Bezeichnung „Zionistenmedien“ knüpft

darüber hinaus an ein Stereotyp des modernen Antisemitismus an, wonach Jüdinnen_Juden die Medien kontrollieren würden.



Ein Plakat mit der Parole „From the River to the Sea, Palestine will be free“ bei einer Demonstration in München, Foto: RIAS Bayern.

14.10., Düsseldorf (Nordrhein-Westfalen)

Auf einer antiisraelischen Versammlung wurde u.a. ein Plakat gezeigt, auf dem der amerikanische Präsident Joe Biden abgebildet ist, der Benjamin Netanjahu eine Blutkonserve reicht mit der Aufschrift „Gaza“. Netanjahu trinkt aus dieser Blutkonserve. Ebenfalls wurden auf Plakaten die Verteidigungsmaßnahmen Israels mit der Schoa gleichgesetzt: „Stop Palestinian Holocaust“, „One Holocaust does not justify another – Free Palestine“ sowie „Didn´t you say never again?“

Die Nähe zum amerikanischen Präsidenten soll Israel als besonders machtvoll in geopolitischer Hinsicht darstellen. Die Blutkonserve hingegen ist ein Rekurs auf die bereits erwähnte Ritualmordlegende. Die Gleichsetzung Israels mit dem Nationalsozialismus dient der Dämonisierung und Delegitimierung Israels. Sie bagatellisiert die Schoa und erklärt Überlebende und Opfer der Schoa sowie deren Nachkommen zu Täter_innen.



Ein Fall von Post-Schoa-Antisemitismus bei einer Kundgebung in Düsseldorf, Foto: RIAS NRW.

09.10., Königs Wusterhausen (Brandenburg)

Auf einer verschwörungsideologischen Versammlung sprach ein Redner über die Terrorangriffe und Massaker der Hamas. Diese ließen „sich in einem harten, aber nach meiner Auffassung angemessenen Satz zusammenfassen: Wer glaubt, dass man Israel überraschen kann, der glaubt auch, dass man in der Ostsee unbemerkt Pipelines sprengen kann.“

Es wird durch solche Aussagen darauf angespielt, dass es sich bei den Terrorangriffen und den Massakern der Hamas um eine „False Flag“-Aktion Israels handle, wodurch Israel als zumindest mitschuldig an den Gräueltaten dargestellt wird und Täter_innen-Opfer-Umkehr betrieben wird. Solche „False Flag“-Erzählungen sind in den Medien des verschwörungsideologischen Spektrums vermehrt zu beobachten.

Störungen von Solidaritätskundgebungen

Bundesweit kam es gleichzeitig zu zahlreichen Solidaritätskundgebungen mit Israel und Mahnwachen für die Opfer der Massaker der Hamas. Bislang wurden 21 Vorfälle verifiziert, in denen diese Versammlungen durch Passant_innen gestört wurden. Neben Rufen gegen die Kundgebungen und in Schweigeminuten hinein, kam es auch zu einer Bedrohung und sechs Angriffen.

Die folgenden Vorfälle geben exemplarisch einen Eindruck, in welcher Art und Weise Solidaritätsbekundungen und Mahnwachen antisemitisch adressiert wurden.

08. Oktober, Hessen

Während einer Schweigeminute in einer Stadt in Hessen für die Opfer der Massaker in Israel lief eine Frau an der Kundgebung vorbei und sagte in deren Richtung: „Schweigeminute für Israel und ein paar tote Juden, schon peinlich, digga!“

08. Oktober, Halle/Saale (Sachsen-Anhalt)

Eine Gedenkveranstaltung für die Opfer der Terrorangriffe wurde von einer ca. 40-köpfigen Männergruppe gestört. Die Männer zeigten mehrere Palästina- und syrische Flaggen, skandierten „Allahu Akbar“ sowie „Unsere Seelen, unser Blut für Palästina“ (auf arabisch). Ebenfalls riefen sie „Fick Israel“ in Richtung eines Teilnehmers des Gedenkens, der sich an die Polizei wandte.

09. Oktober, Mannheim (Baden-Württemberg)

Bei einer Mahnwache für die israelischen Opfer der Terrorangriffe der Hamas kam es in Mannheim zu mehreren Störungen der Veranstaltung. So wurde eine Israelflagge eines Teilnehmers entwendet. Zudem kam es zu mehreren „Free Palestine“-Rufen. Ein Passant, der sich in die

Kundgebungsmenge gestellt hatte, rief, dass Palästina unterdrückt werde und forderte seine Freiheit.

09. Oktober, Jena (Thüringen)

Bei einer Solidaritätskundgebung in Jena wurde, während ein Mitglied der jüdischen Gemeinde sprach, der Mittelfinger gezeigt und gerufen „Die sind selbst Schuld“.

12. Oktober, Berlin

Einer Mahnwache für die Opfer des Hamas-Terrors wurde aus einem schwarzen, vorbeifahrenden Auto „Fick die Juden“ entgegen gebrüllt.

Des Weiteren kam es in vielen Städten zu Solidaritätsbekundungen mit Israel, indem die israelische Flagge an öffentlichen Gebäuden gehisst wurde. In 33 Fällen kam es zu Beschädigungen und Entwendungen dieser Flaggen. Teilweise gingen diese Vorfälle auch mit antisemitischen Pöbeleien und Rufen einher.

11. Oktober, Stade (Niedersachsen)

Eine Gruppe von zwei bis vier Männern wurde dabei beobachtet, wie sie das noch geöffnete Rathaus in Stade betraten. Die Männer schlugen im Obergeschoss ein Fenster ein, um an die vor dem Rathaus gehisste Israelflagge zu kommen. Die Täter hatten keinen Erfolg und flohen als die herbeigerufene Polizei erschien.

11. Oktober, Schwerin (Mecklenburg-Vorpommern)

Die vor dem Innenministerium gehisste Israelflagge wurde abgerissen. Anschließend traten die Täter auf der Fahne herum und riefen „Allahu Akbar“.

12. Oktober, Mainz (Rheinland-Pfalz)

Die vor der Stadtverwaltung gehisste Israelflagge wurde vom Mast abgerissen und angezündet. Andere gehisste Flaggen blieben unversehrt.

Terrorverherrlichung

Neben den hier beschriebenen antisemitischen Vorfällen wurden RIAS eine Vielzahl von Terrorverherrlichungen sowie Störaktionen von Solidaritäts- und Gedenkversammlungen gemeldet, die auf tiefsitzende, antisemitische Ressentiments verweisen.

Deutschlandweit wurden Fälle von Terrorverherrlichung gemeldet, welche die grausamen Massaker der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung als „legitimen Widerstand“ gegen das auffassen, was sie als israelische Besatzung bezeichnen. In Wuppertal fand am 15. Oktober bspw. eine Kundgebung statt mit dem Titel „Ihre Repression bricht uns nicht. Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungskampf“. Sie zeigten u.a. ein Banner mit den Worten: „Widerstand bleibt legitim!!!“, eine palästinensische Flagge sowie eine Flagge der FKO („Föderation Klassenkämpferischer Organisationen“). Sowohl im Aufruf als auch auf dem Banner legitimierten die Teilnehmenden die Massaker der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung und verklärten diesen als „legitimen Widerstand“.

In Leipzig wurden am 11. Oktober im Vorfeld einer Veranstaltung Flyer verteilt, auf denen die Terrorangriffe der Hamas ebenfalls als „Widerstand“ verharmlost wurden, der „bedingungslose Solidarität“ erfordere und die Hamas generell als „fortschrittliche Kräfte der palästinensischen Freiheitsbewegung“ glorifiziert wurde.

Zudem wurden in vielen Städten Redebeiträge im Rahmen von Kundgebungen, die ihre Solidarität mit Israel und den betroffenen Menschen

und ihren Angehörigen und Freund_innen zum Ausdruck brachten durch Zwischenrufe oder das Zeigen von Palästina-Flaggen gestört.

Ähnliche terrorverherrlichende, ressentimentgeladene Bezüge finden sich auch auf Social Media. So reagierte bspw. eine Person auf einen Post des thüringischen Ministerpräsidenten Bodo Ramelow, in dem dieser seine Solidarität für Israel bekundete mit einer Aneinanderreihung des Wortes Hamas - über 50 Mal ohne Leerzeichen. Ein Twitch-Streamer bekannt als HasanAbi, der 2,6 Millionen Follower_innen hat, streamte vor 40.000 Zuschauenden, von denen die viergrößte Gruppe aus Deutschland kam, als er Verbrechen der Hamas verharmloste bzw die Gewalt gegen die Zivilbevölkerung als Gewalt gegen „Zionisten“ und „Siedler“ rechtfertigte. Auf der Plattform X (ehemals Twitter) schrieb eine Person: „Israel is no more Insha Allah (so Gott will).“ sowie zwei Raketen Emojis.

Auch wenn es sich bei den genannten Fällen nicht um antisemitische Vorfälle nach RIAS-Kategorien handelt, verweisen sie auf die breite Zustimmung zu den Massakern der Hamas und eine Verherrlichung des Terrors und lassen auf ein vorhandenes antisemitisches Weltbild schließen. Insgesamt wird gerade auf Social Media eine sehr gewaltverherrlichende Sprache verwendet.

Gewaltlegitimierende Sprache

Ebenfalls ist eine Zunahme gewaltvoller antisemitischer Sprache bei antisemitischen Vorfällen zu beobachten, bei denen kein direkter Bezug zu den Massakern der Hamas hergestellt wird: So bekam bspw. der Leiter der Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora nach einem Interview zur Oberbürgermeister-Wahl in Nordhausen den betreffenden Zeitungsartikel zugeschickt. Das von ihm abgebildete Foto war mit einer Sprechblase versehen worden, in der stand: „Ich bin ein widerliches Stück hebräische Scheiße. Meine Muttersprache ist hebräisch. Ich bin Jude und zelebriere den Schuld kult und Erinnerungsterror.“ Auf der zweiten Seite des Artikels wurde unter einem Foto des Leiters und Teilnehmenden einer Demo mit

der Thüringer Landtagspräsidentin Beate Pommer der Text hinzugefügt: „Wir sind Juden und von Haß zerfressen“ [sic].

Fazit

Der sprunghafte Anstieg von Meldungen und antisemitischen Vorfällen in Deutschland vor dem Hintergrund des arabisch-israelischen Konflikts ist kein neues Phänomen. Die Bilder der von einem eliminatorischen Charakter geprägten Massaker der Hamas an der israelischen Zivilbevölkerung haben in vielen Teilen der Welt zu Anteilnahme und Solidarität geführt. Für Jüdinnen_Juden in Deutschland kommt hinzu, dass Verwandte und Angehörige ermordet, verletzt oder entführt wurden. Die Verunsicherung und die Sorge um die Sicherheit von Angehörigen in Israel ist angesichts des dynamischen Kriegsgeschehens konstant hoch. Vor diesem Hintergrund wirken sich den Terror der Hamas verherrlichende Aktivitäten und die Gräueltaten legitimierende Äußerungen hierzulande aktuell besonders negativ auf das Lebensgefühl von Jüdinnen_Juden in Deutschland aus.

Viele der 202 antisemitischen Vorfälle zwischen dem 07. und 15. Oktober ereigneten sich im Wohnumfeld, auf Social-Media-Plattformen, in der Schule, am Arbeitsplatz. Betroffene sind häufig gar nicht in der Lage, diese potenziellen Bedrohungssituationen zu vermeiden, ohne ihre jüdische Identität zu verbergen. Dass jüdische Eltern ihre Kinder nicht zur Schule geschickt haben, als jüdisch oder israelische identifizierbare Restaurants geschlossen blieben, oder Jüdinnen_Juden ihre Mesusot von der Wohnungstür entfernten, verdeutlicht das Ausmaß, wie die Terrorangriffe und Massaker der Hamas den Alltag von Jüdinnen_Juden in Deutschland prägen.

Wenn ihr Zeug_innen antisemitischer Vorfälle seid oder von diesen selbst betroffen – meldet diese unter report-antisemitism.de!

Impressum

Herausgeber:

Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus e. V.
(Bundesverband RIAS)
Gleimstrae 31, 10437 Berlin
Telefon: 030 / 817 98 58 18
presse@rias-bund.de

V. i. S. d. P.: Benjamin Steinitz,
Bundesverband RIAS

Redaktion:

Bundesverband RIAS e. V.

Urheberrechtliche Hinweise © Copyright 2023 Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus e. V. (Bundesverband RIAS). Alle Rechte vorbehalten. Diese Publikation wird für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Der Herausgeber behält sich das Urheberrecht vor. Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur nach ausdrücklicher schriftlicher Zustimmung des Herausgebers gestattet. Darüber hinaus muss die Quelle korrekt angegeben und ein Belegexemplar zugeschickt werden.

Haftungsausschluss: Die Informationen in diesem Bericht wurden nach bestem Wissen und Gewissen formuliert. Für die Vollständigkeit und Aktualität der Informationen übernimmt der Herausgeber keine Gewähr.

Das Projekt wird aus Mitteln des Bundes gefördert (Programm „Demokratie leben!“, BMI).